

Brauner Sumpf in der hessischen CDU

**Eine Dokumentation von Heidemarie Scheuch-Paschkewitz und Achim Kessler,
Schwalmstadt und Frankfurt am Main im Dezember 2011**

„Doch es gibt Fälle, in denen von bloßem Mitläufertum keine Rede sein kann. Der zum 1. Mai 1933 im Alter von 25 Jahren zum ‚Parteigenossen‘ avancierte Heinz Wolf (Landtagsabgeordneter [der CDU] von 1962 bis 1966) beklagte nach den Recherchen von Klausch 1935, dass sich viele Richter in der ‚Judenfrage‘ noch ‚von einer gewissen Humanitätsduselei leiten lassen und es noch nicht recht verstehen, der nationalsozialistischen Einstellung zur Rassenfrage bei der Urteilsfindung vollauf gerecht zu werden‘. Während des Krieges war Wolf dann als Ankläger beim Sondergericht Danzig tätig. Solche Gerichte verhängten Tausende von Todesurteilen und gelten als staatliche Terrorinstrumente zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“¹

"Wer nicht pariert, der gehört gegebenenfalls gefesselt und geknebelt, bis der Zielort erreicht ist. Die Humanitätsduselei Menschen gegenüber, die diesen Staat ausbeuten, muss einfach ein Ende haben."²

Ein Neonazi in der CDU Hessen. – Nur ein Einzelfall?

„Nach Recherchen des Landesmagazins ‚defacto‘ im hr-fernsehen ist der Schriftführer des CDU-Stadtbezirksverbandes Kassel-Nord, Daniel Budzynski, seit Jahren Mitglied des rechts-extremen und vom Verfassungsschutz beobachteten ‚Freien Widerstands Kassel‘. Bei dem Stadtbezirksverband handelt es sich um den Stadtteil, in dem im April 2006 der Internetcafébesitzer Halit Yozgat ermordet wurde – mutmaßlich von der rechtsterroristischen Gruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘. [...]

Wie ‚defacto‘ herausfand, verbreitete Budzynski unter dem Decknamen ‚Daniel Budze‘ nationalsozialistisches Gedankengut im Internet. So unterhielt er unter diesem Tarnnamen bis zum vergangenen Donnerstag eine Facebook-Seite.

Nach Erscheinen des Bekennervideos der Zwickauer Terrorzelle, in dem die Taten des Nazi-Trios mit Zeichentrickszenen von ‚Paulchen Panther‘ kombiniert wurden, setzte Budzynski am 17. November die Comicfigur ‚Paul Panther‘ als Konterfei auf seine Facebook-Homepage: offensichtlich eine Solidaritätsadresse an die Zwickauer Terrorzelle.“³

Die „Enttarnung“⁴ des 25-jährigen Vorstandsmitglieds des CDU-Stadtbezirksverbandes Kassel-Nord, Daniel Budzynski, als langjähriges Mitglied der neofaschistischen Organisation „Freier Widerstand Kassel“ durch das Magazin „defacto“ des Hessischen Rundfunks⁵ hat bundesweit

¹ Ein brauner Schatten über dem Landtag. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.5.2011; Artikel über die von der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag herausgegebene Studie: Klausch, Hans-Peter: Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1. – 11. Wahlperiode (1946 –1987). Oldenburg, Wiesbaden, 2011.

² Hans-Jürgen Irmer, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Bildungspolitischer Sprecher und Arbeitskreisvorsitzender Kultur der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, in: Wetzlarer Kurier, 6/1998.

³ Neonazi in Kasseler CDU. In: http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36086&key=standard_document_43246158

⁴ Da der Deckname „Daniel Budze“ deutlich auf den Namen „Daniel Budzynski“ hinweist, kann von einer Tarnung kaum die Rede sein.

⁵ Sendung vom 27.11.2011, siehe: http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36086&key=standard_document_43246158&tl=rs.

für Schlagzeilen gesorgt⁶ und die Frage aufgedrängt, wie in der CDU ein Neonazi jahrelang unbemerkt bleiben konnte:

„Dass niemand innerhalb der Kasseler CDU wusste, dass ein Rechtsextremer in ihren Reihen unterwegs ist, wirft Fragen auf. Es gibt Ungereimtheiten, die vor allem den Vorsitzenden des CDU-Stadtbezirksverbands Kassel Nord, Stefan Weidelich, betreffen. Weidelich beteuerte gegenüber ‚defacto‘, er kenne Budzynski kaum. Dieser sei zwar seit zwei Jahren Schriftführer, aber während dieser Zeit ‚bei der CDU bei keiner Sitzung, keiner Veranstaltung aufgetaucht‘. Budzynski studiere mit ihm. ‚Selbst da habe ich ihn seit über einem Jahr nicht einmal gesehen und davor zwei, drei Mal.‘

Budzynski dagegen berichtete, dass ihn der Kontakt zu Weidelich in die CDU brachte: ‚Ich bin übers Studium mit meinem Freund Stefan Weidelich in die CDU eingetreten und seitdem dort aktiv.‘“⁷

Auch die Kreisvorsitzender der CDU Kassel, Eva Kühne-Hörmann, für die Stefan Weidelich arbeitet, beteuerte ihre Ahnungslosigkeit:

„Kühne-Hörmann, die auch hessische Ministerin für Kunst und Wissenschaft ist, reagierte am Sonntag ‚entsetzt‘. Sie werde ‚sofort ein Parteiausschlussverfahren einleiten‘, sagte sie dem hr. ‚Jemand mit rechtsradikalen Hintergründen hat in der CDU nichts zu suchen.‘ [...] Sie habe erst durch die hr-Recherchen von dem Fall erfahren. Mit dem Namen des Mannes verbinde sie kein Gesicht. ‚Ich kenne den nicht.‘ Ähnliche Fälle in der Kasseler CDU habe sie bislang nicht gehabt.“⁸

Die Einschränkung von Eva Kühne-Hörmann, dass es ähnliche Fälle „in der Kasseler CDU“ bislang nicht gegeben habe, verdient Beachtung. Denn selbst in den Jugendstrukturen der hessischen CDU finden sich Personen vom äußersten rechten Rand, wie zum Beispiel das ehemalige Vorstandsmitglied des unionsnahen Studierendenverbandes RCDS in Gießen, Matthias Müller:

„Im November 2006 wurde öffentlich, dass mit Matthias Müller ein Sprecher der Burschenschaft Dresdensia Rugia zugleich als Vorstandsmitglied im Gießener RCDS, dem unionsnahen Studierendenverband, fungierte. Über ein Jahr konnte Müller in dessen Vorstand agieren, obwohl dieser gleichzeitig für die Junge Freiheit schrieb und im Vorstand der ‚Jungen Landsmannschaft Ostpreußen‘ tätig war sowie auf einer NPD-Demonstration in Sachsen gesichtet wurde. [...] Dort äußerte Müller sich auch verharmlosend über Neonazis: ‚Skinheads sind nicht unnatürlich, das sind ganz normale Jugendliche, die sich zu ihrem Volk und ihrer Nation bekennen.‘“⁹

⁶ Skandal in Hessen CDU-Politiker als Neonazi aktiv. In: <http://www.bild.de/news/inland/nsu/in-cdu-hessen-kassel-21260572.bild.html>; CDU-Politiker soll auch als Neonazi aktiv sein. In: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13739671/CDU-Politiker-soll-auch-als-Neonazi-aktiv-sein.html>; Neonazi soll aus der CDU fliegen. In: Frankfurter Rundschau, 29.11.2011; CDU-Mann aktiv bei Neonazis. In: <http://www.jungewelt.de/2011/11-29/049.php>; Undercover-Neonazi in Kasseler CDU. In: <http://www.taz.de/Besonders-heikel-im-Auslaenderstadtteil/!82705/>; CDU-Politiker in rechtsextremer Organisation aktiv. In: <http://www.stern.de/politik/deutschland/cdu-politiker-in-rechtsextremer-organisation-aktiv-hessens-cdu-will-schnellen-parteiausschluss-1756243.html>; Mutmaßlicher Neonazi in CDU vor Ausschluss. In: <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/9/0,3672,8401641,00.html>.

⁷ Neonazi bei CDU Kassel: Parteimitglieder ahnungslos. In: http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36086&key=standard_document_43259332.

⁸ Neonazi in Kasseler CDU. In: http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36086&key=standard_document_43246158.

⁹ Wiegel, Gerd; Schalauske, Jan; Gabriel, Adrian: Brutalst mögliche Politik: Die Hessen-CDU am rechten Rand. Eine Studie der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag. Wiesbaden, ohne Jahr, Seite 13. (Das Zitat im Original ist dort nachgewiesen: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,449699,00.html>).

Nicht nur in Bezug auf Daniel Budzynski stellt sich die Frage nach der Rolle des hessischen Verfassungsschutzes:

„Als Mitglied des Freien Widerstandes Kassel war Daniel Budzynski beim Verfassungsschutz aktenkundig. Doch parallele Mitgliedschaften der beobachteten Rechtsextremisten in Parteien, Kirchengemeinden, Nachhilfeorganisationen würden nicht permanent online abgecheckt, konstatiert das Wiesbadener Landesamt. Was nutze dann die geheimdienstliche Beobachtung, wenn sie Infiltrierungsversuche nicht aufdecke, fragen allerdings Rechtsextremismusexperten wie Helge von Horn.“¹⁰

Fragen nach der Rolle des hessischen Verfassungsschutzes wirft auch der Fall Kevin S. auf. Kevin S. wurde 2009 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er bei einem Zeltlager des parteinahen Jugendverbandes ‚solid‘ mit einem Klappspaten auf die schlafende Tochter der heutigen Landesvorsitzenden der LINKEN. Hessen, Heidemarie Scheuch-Paschkewitz, eingeschlagen hatte. Die hessische Landesregierung hat Kevin S. immer als Einzeltäter dargestellt und bestritten, dass die „Freien Kräfte Schwalm-Eder“ über organisierte Strukturen verfügen. Nach Medienberichten, die sich auf Akten des Landeskriminalamts beriefen, verfügte Kevin S. von den neonazistischen „Freien Kräften Schwalm-Eder“ über direkte Kontakte zu thüringischen Neonazis und zu den Zwickauer Nazi-Terroristen. Außerdem sollen die ‚Freien Kräfte Schwalm-Eder‘ über Anleitungen zum Bombenbau verfügt haben:

„Die Neonazis in Nordhessen sind offenbar gefährlicher und gewaltbereiter als bisher bekannt. Es gibt zudem Kontakte, die direkt zu der Zwickauer Terrorzelle und deren Umfeld führen. Das geht aus geheimen Akten des Hessischen Landeskriminalamtes hervor. Die HNA hatte jetzt Einblick in Fotokopien dieser Unterlagen. Die Akten belegen zudem, dass die Fahnder bei den Freien Kräften Schwalm-Eder 65 Bilddateien mit Anleitungen zum Bau von Bomben fanden. Desweiteren befindet sich in den Unterlagen ein Foto, das den früheren Kopf der Freien Kräfte Schwalm-Eder, Kevin S., mit dem am Dienstag verhafteten ehemaligen Vize-NPD-Vorsitzenden in Thüringen, Ralf Wohlleben, zeigt.“¹¹

Es ist nicht glaubhaft, dass Medien über brisante Informationen verfügen, die der hessischen Landesregierung, der Staatsanwaltschaft, dem Verfassungsschutz, dem Landeskriminalamt und der Polizei nicht bekannt waren und sind. Bereits im März 2009 widerlegt die „Frankfurter Rundschau“ die Behauptungen, dass Kevin S. ein Einzeltäter sei und dass die „Freien Kräfte Schwalm-Eder“ über keine organisierten Strukturen verfügten. Auch von den Bauanleitungen zum Bombenbau ist bereits zu diesem Zeitpunkt die Rede:

„Im Juni 2008, wenige Wochen vor dem Angriff auf die linken Camper, sollen Kevin S. und seine rechten Gesinnungsgenossen in Todenhausen Jagd auf Antifaschisten gemacht haben. Sie hätten sich, so der Vorwurf, nachts vor dem Jugendclub des Dorfes verumumt auf die Lauer gelegt. Mit Pflastersteinen sollen sie zwei junge Männer und eine Frau beworfen und ihnen die Handys geraubt haben. ‚Ich wurde zweimal von Steinen getroffen‘, erzählt eins der Opfer, ein 20-jähriger Schüler. ‚Sie haben mich an den Haaren über die Straße gezogen und währenddessen auf mich eingetreten.‘ [...] Marc O., heute 20-jährig, soll laut Anklage ebenso wie Kevin S. am Überfall in Todenhausen beteiligt gewesen sein. Zu den neun weiteren Beschuldigten – alles Männer zwischen 17 und 23 Jahre – gehören unter anderem der NPD-Nachwuchsaktivist Alexander S. (18) und Florian B. (21), Schlagzeuger der aufgelösten Neonaziband ‚Royal Hatred‘. Pikant: Auch der Sohn ei-

¹⁰ Einer außen vor. Ein Neonazi bei der CDU Kassel. In: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/dlfmagazin/1618867/>.

¹¹ Nordhessische Neonazis: Direkter Kontakt zur Zwickauer Terrorzelle. HNA, 30.11.2011, in: <http://www.hna.de/nachrichten/stadt-kassel/kassel/nordhessische-neonazis-direkter-kontakt-zwickauer-terrorzelle-1512115.html>.

nes Richters ist dabei – und der Vater arbeitet als Strafrichter ausgerechnet beim Amtsgericht in Schwalmstadt, wo der Prozess gegen die FKSE-Kameraden stattfinden soll. [...].

Im Zuge der Ermittlungen gegen die "Freien Kräfte Schwalm-Eder" hatte die Polizei im vergangenen Jahr 13 Wohnungen rund um Schwalmstadt durchsucht. Auch bei mehreren der jetzt Angeklagten waren Computer, Handys und Propagandamaterial beschlagnahmt worden. Nach FR-Informationen fanden die Ermittler dabei einen umfangreichen SMS-Verkehr, in dem die Kameraden ihre – wie sie schrieben – ‚kreativen Störmanöver‘ gegen antifaschistische Aktivitäten koordinierten. Sogar von ‚Krieg‘ war in diesem Kontext die Rede.

Bei Alexander S. fand sich auch eine ausführliche Namensliste, mit der die Verteilung und Bezahlung von fast 14 000 FKSE-Aufklebern verwaltet wurde. Und auf seinem Computer sammelte der NPD-Aktivist Anleitungen zum Bombenbau – nicht weniger als 63 Bilddateien enthielt der Ordner ‚Bomben bauen‘.

Dennoch bestreiten Polizei und Verfassungsschutz bis heute, dass die Kameradschaft mehr sei als ein loser Personenzusammenhang. ‚Das ist eine Verharmlosung‘, meint der Marburger Rechtsextremismus-Experte Benno Hafener. Er sieht im Schwalm-Eder-Kreis eine ‚stabile Kameradschaftsstruktur‘, wie es sie in Hessen sonst nur im Kreis Bergstraße gebe – ideologisch gefestigt, latent gewaltbereit und trotz der Ermittlungsverfahren ohne Auflösungsstendenzen. ‚Wir haben es hier mit einem festgefügtten Gruppenzusammenhang zu tun‘, ist Hafener überzeugt.¹²

Dies lässt nur einen Schluss zu: Die hessische Landesregierung und die genannten Behörden waren nicht nur „auf dem rechten Auge blind“, sondern haben jahrelang Neonazi-Organisationen in Hessen verharmlost. Volker Bouffier und Boris Rhein halten, als ehemaliger beziehungsweise amtierender Innenminister, an ihrer Politik der Verharmlosung und Geheimhaltung von Informationen fest.

Das gilt auch für den ehemaligen Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes, der sich „zufällig“ in einem Kasseler Internetcafé aufhielt, während dessen Besitzer, Halit Yozgat, von den Zwickauer Neonazi-Terroristen bei einem Anschlag ermordet wurde:

„Am 6. April 2006 wird Halit Yozgat in seinem Internetcafé in der Kasseler Nordstadt erschossen. Mit zwei Schüssen in den Kopf. Kurze Zeit später wird ein Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes verhaftet. Obwohl er nachweislich zumindest kurz vor der Tat in dem Café war, meldet er sich nicht als Zeuge. Das macht ihn verdächtig. Seine Wohnung wird durchsucht. Der Mann sagt damals aus, privat im Internetcafé gesurft und es kurz vor dem Mord verlassen zu haben. Von den Todesschüssen habe er erst später erfahren. Nach 24 Stunden ist er wieder frei, eine Verbindung zur Tat kann ihm nicht nachgewiesen werden.

Doch nach den Enthüllungen über die rechtsextreme Terrorgruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ überprüfen die Behörden die Vorgänge von damals neu. Nachdem Vermutungen aufkamen, dass die thüringischen Verfassungsschützer möglicherweise etwas über den ‚Nationalsozialistischen Untergrund‘ (NSU) gewusst haben könnten, wurden Erinnerungen an den Fall wach. Und plötzlich stellen sich eine ganze Menge neuer Fragen.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete unter Berufung auf Sicherheitskreise in Wiesbaden, der Verfassungsschützer sei entgegen bisheriger Annahmen noch zum Zeitpunkt des Mordes in dem Internetcafé gewesen. Bislang war man davon ausgegangen, dass er das Café verlassen hatte, bevor die tödlichen Schüsse fielen.

Und die Bild-Zeitung berichtete unter Berufung auf einen hochrangigen Ermittler, dass der Mann sich sogar bei insgesamt sechs der neun Morde in Tatortnähe aufgehalten haben soll. Das habe ein Bewegungsprofil der Polizei ergeben. Dieser Umstand soll ihm laut Bild von der

¹² Schläger trotz neuer Anklage frei. Frankfurter Rundschau, 25.3.2009, in: <http://www.fr-online.de/rhein-main/-freie-kraefte-schwalm-eder--schlaeger-trotz-neuer-anklage-frei,1472796,3342978.html>.

Polizei allerdings als entlastend ausgelegt worden sein. Er sei ja bei drei Morden nicht in der Nähe gewesen. Bei der Durchsuchung in seiner Wohnung seien auch Waffen gefunden worden. Der hessische Verfassungsschutz will sich zu den Vorgängen nicht äußern. ‚Wir nehmen dazu keine Stellung‘, sagte ein Sprecher. Der Verfassungsschützer sei inzwischen vom Dienst suspendiert, hieß es.“¹³

Nur wenige Tage nachdem der Fall des CDU-Mitglieds und Neonazis Daniel Budzynski bekannt wurde, trat der 29-jährige Riedstädter CDU-Stadtverordnete Sebastian Pella, bis dahin Mitarbeiter des CDU-Landtagsabgeordneten Günter Schork, aus der CDU aus. Ihm war vorgeworfen worden, jahrelang für Magazine der rechten Szene wie „eigentümlich frei“, „Sezession“, „Preußische Allgemeine“ und „Neue Ordnung“ geschrieben und ein Buch über den NS-Rassentheoretiker Ludwig Woltmann veröffentlicht zu haben:

„Über den ‚Forsite Verlag‘, der Pellas Ludwig-Woltmann-Broschüre seit Juni 2009 vertreibt, ist auf YouTube ein ‚Werbevideo‘ zu sehen, in dem Filmmaterial aus dem Dritten Reich samt Hitler-Aufnahmen und Hakenkreuz-Bildern mit Filmszenen zum Römischen Reich kombiniert ist – unkommentiert und mit Musik unterlegt. Im Internet wird der Verlag mit der rechtsextremen Szene in Verbindung gebracht.“¹⁴

Innerhalb der hessischen CDU scheint dies wenig skandalträchtig zu sein:

„Es stoßen sich außerdem viele daran, dass er ein Buch über den Rassentheoretiker Ludwig Woltmann geschrieben hat, das über Neonazi-Webseiten vertrieben wird“, erläuterte CDU-Fraktionschef Fischer. Er selbst halte Pella nicht für einen Rechtsextremisten. Ähnlich äußerte sich die CDU-Kreisvorsitzende Ursula Kraft im ‚Darmstädter Echo‘: ‚Auf keinen Fall steht Pella rechts der CDU.‘ Laut Fraktionschef Fischer hat man ihm aber klargemacht, ‚dass die Positionen, die er im Internet vertritt, für die Partei zumindest nicht unproblematisch sind‘.“¹⁵

Als problematisch gilt also nicht, dass Pella sich am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums positioniert, sondern dass er diese Positionen öffentlich „im Internet“ vertritt. Das bestätigt auch Pella selbst in einem Interview des rechtsextremen Online-Magazins „Sezession“ nach seinem Austritt aus der CDU:

„Gleichwohl verhehlte ich meine rechtskonservative Einstellung und insbesondere meine journalistischen Ausflüge niemals. Innerhalb der CDU waren diese Positionen bekannt und geduldet, auf der untersten Parteebene sogar geteilt und zustimmend bejaht. Die klare inhaltliche Positionierung als Rechtskonservativer verfolgte ich konsequent und versuchte hierüber den zu verzeichnenden Linkstrend in der Union in meinem unmittelbaren Wirkungsumfeld auf kommunaler Ebene entgegenzutreten. Hiermit sowie den publizistisch getroffenen Äußerungen verletzte ich die ‚Spielregeln‘ und wurde ‚entfernt‘.“¹⁶

„D.h. seitens leitender Parteifunktionäre werden diese wertkonservativen Anschauungen der einfachen Parteimitglieder instrumentalisiert, um Wahlkämpfe, Finanzierung und Organisation zu gewährleisten. Ein Eindringen dieser Vorstellungen oberhalb der Ortsverbandsebene ist jedoch unerwünscht.“¹⁷

¹³ Verfassungsschützer soll bei Attentat am Tatort gewesen sein. Süddeutsche Zeitung, 15.11.2011, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/neonazi-terror-verfassungsschuetzer-soll-bei-attentat-am-tatort-gewesen-sein-1.1189421>.

¹⁴ CDU-Austritt nach radikalen Äußerungen. In: http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/ndexhessen34938.jsp?rubrik=36098&key=standard_document_43271940

¹⁵ Ebd.

¹⁶ „Es geht nicht in der CDU“ – Fragen an Sebastian Pella. In: <http://www.sezession.de/29207/es-geht-nicht-in-der-cdu-fragen-an-sebastian-pella.html>.

¹⁷ Ebd.

Die Skandale um Mathias Müller, Daniel Budzynski und Sebastian Pella verdeutlichen, dass Positionen vom äußersten rechten Rand des politischen Spektrums in der CDU Hessen kein Problem ewig gestriger alter Herren und Damen ist, das sich durch den Lauf der Zeit von selbst erledigt. Vieles spricht dafür, dass es gerade unter jungen Mitgliedern der CDU und in ihren Jugendstrukturen vielfältige Verquickungen mit rechtsextremen und neonazistischen Organisationen, Burschenschaften und Publikationsorganen gibt.

Die Überraschung, die verantwortliche Landespolitikerinnen und -politiker der CDU in den beschriebenen Fällen geäußert haben, ist wenig glaubwürdig. Vielmehr scheint es so, dass es in vielen Basisorganisationen der hessischen CDU keine klare Abgrenzung zu rassistischen, nationalistischen, antisemitischen und faschistischen Positionen gibt. Äußerungen am rechten Rand scheinen in der CDU Hessen so verbreitet zu sein, dass selbst ausgewiesene Neonazis, sofern sie einigermaßen geschickt vorgehen und nicht dem glatzköpfigen Skinhead-Stereotyp entsprechen, nicht weiter auffallen.

Dies setzt jedoch zumindest ein stillschweigendes Einverständnis der Führung der hessischen CDU voraus. Andernfalls hätte es wahrnehmbare Anstrengungen geben müssen, die Trennschärfe am rechten Rand der hessischen CDU herzustellen. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Wie im Folgenden dargestellt werden soll, hat die Parteiführung der hessischen CDU beispielsweise mit ihrer rassistischen Kampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft nicht „nur“ am rechten Rand nach Wählerstimmen gefischt, sondern damit zugleich in die Partei hinein Signale der Akzeptanz von äußerst rechten Positionen gesandt. Auch eine Aufarbeitung ihres braunen Erbes hat in der hessischen CDU nicht stattgefunden. Dies ist zum Beispiel daraus ersichtlich, dass die Wiesbadener Parteizentrale im August 2010 nach Alfred Dregger benannt wurde.

Braunes Erbe der hessischen CDU

In seiner Studie „Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1. – 11. Wahlperiode (1946 – 1987)“ kommt Hans-Peter Klausch zu dem Ergebnis, dass 22 von 97 überprüften Landtagsabgeordneten der CDU Mitglieder der NSDAP waren¹⁸. Neben Mitläufern und Opportunisten finden sich darunter auch überzeugte Nazis wie Heinz Wolf, der zu Beginn dieser Dokumentation bereits zitiert wurde. Überraschend und erschreckend ist besonders der Umstand, dass der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder in der CDU-Landtagsfraktion von 7,1 Prozent in der ersten Wahlperiode, 1946 bis 1950, bis zur fünften Wahlperiode, 1962 bis 1966, kontinuierlich bis auf 35,7 Prozent ansteigt:

„So waren auch im ersten gewählten hessischen Landtag (1946–1950) nur zwei von 28 CDU-Abgeordneten nachweislich vormalige NSDAP-Mitglieder (7,1%). Doch setzte dann eine Veränderung ein, die nicht nur im Sammelband ‚Der Weg zur stärksten Partei – 50 Jahre CDU Hessen‘ unberücksichtigt bleibt. In der zweiten Wahlperiode waren von den damals verbliebenen zwölf CDU-Abgeordneten noch immer nachweislich zwei vormalige NSDAP-Mitglieder (nunmehr 16,7%), in der dritten Wahlperiode (1954–1958) waren es sechs von 24 (25%) und in der vierten Wahlperiode (1958–1962) immerhin neun von 32 (28,1%). Dieser Anteil wuchs in der fünften Wahlperiode (1962–1966) noch einmal auf den Rekordwert von 35,7 % (zehn von 28 CDU-MdL) an.“¹⁹

All das wird in den Selbstdarstellungen der hessischen CDU verschwiegen. Eine Aufarbeitung des braunen Erbes der hessischen CDU hat demzufolge bis heute nicht stattgefunden, und sie ist bis heute nicht erwünscht. Besonders angesichts der oben beschriebenen Verbreitung von rassistischen, nationalistischen, antisemitischen und faschistischen Positionen gerade unter jungen Mitgliedern der CDU in Hessen ist diese Verweigerung der Aufarbeitung der eigenen

¹⁸ Klausch 2011, a. a. o., Seite 9 -12.

¹⁹ Ebd., Seite 11.

Geschichte verantwortungslos: Denn vor dem Hintergrund der Verweigerung der Aufarbeitung der eigenen Geschichte erscheinen alle Abgrenzungsbekanntnisse der hessischen CDU-Führung als reine Lippenbekenntnisse. Ohne Aufarbeitung des braunen Erbes der hessischen CDU werden alle Abgrenzungsbeteuerungen nach rechts, so ernst sie von einzelnen CDU-Mitgliedern auch immer gemeint sein mögen, zum Scheitern verurteilt sein.

Das prominenteste ehemalige Mitglied der NSDAP in der CDU Hessen ist sicher der langjährige Landesvorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger, *„der als Kopf der ‚Stahlhelm‘-Fraktion der Christdemokraten bis ins hohe Alter immer wieder durch seine rechtslastigen Positionen für Aufsehen sorgte und dabei auch die Nähe zu Kreisen der extremen Rechten nicht scheute“*²⁰:

„So war es nur konsequent, dass er gemeinsam mit bekannten Alt- und Neurechten um den 8. Mai 1995 den revanchistischen Aufruf ‚Gegen das Vergessen‘ mit unterzeichnete. Das war nicht sein einziger Schulterchluss mit der offen rechten Szene. So steuerte er einen Text zu einem Buch mit dem programmatischen Titel ‚Der Völkermord an den Deutschen – 50 Jahre Vertreibung‘ bei. Weitere Autoren dieses von der Nationalzeitung beworbenen Buches sind Jörg Haider (FPÖ), Gerhard Frey (DVU) und der ehemalige Vorsitzende der Republikaner, Franz Schönhuber.

*Der Einsatz für die Freilassung deutscher Kriegsverbrecher gehörte zu Dreggers Steckenpferden. So machte er sich Ende der 1980er Jahre für die Freilassung des SS-Hauptsturmführers Ferdinand Hugo aus der Fünften stark, der für die Deportation von mehr als 100.000 Juden aus den Niederlanden verantwortlich gemacht wurde. Auch der berüchtigte SS-Sturmbannführer Franz Fischer sollte nach Meinung Dreggers auf freien Fuß gesetzt werden. Keine Frage, dass er auch zur ‚Stillen Hilfe‘, eine der ältesten rechtsextremen Vereinigungen, gute Kontakte hatte. Auf die deutsche Wehrmacht ließ Dregger selbstverständlich nichts kommen. Er gehörte zu den entschiedensten Gegnern der Wanderausstellung ‚Die Verbrechen der deutschen Wehrmacht 1941–1944‘, die er einen Angriff auf Deutschland nannte.“*²¹

Immer hart am rechten Rand: Hohmann, Steinbach und Irmer

Aber auch unter den „Nachgeborenen“ in der hessischen CDU sind Positionen jenseits des demokratischen Spektrums keine Seltenheit. Der wohl spektakulärste Fall ist Martin Hohmann, der beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden als Kriminaloberrat in der Abteilung Terrorismus tätig war, bevor er als Nachfolger Alfred Dreggers im Wahlkreis Fulda 1998 in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Am 25. Juni 1999 begründete Hohmann im Bundestag in einer Rede einen Antrag auf Ablehnung der Errichtung eines Holocaust-Mahnmals in Berlin:

*„Meine Damen und Herren, viele Menschen fordern uns als Deutsche auf, langsam den Mut zu fassen, unseren Freunden zu sagen: Mehr als zwei Generationen nach diesem riesigen Verbrechen fühlen wir uns sozusagen resozialisiert. Warum? Kein Land hat Verbrechen in seiner Geschichte aufgearbeitet und bereut, Entschädigung und Wiedergutmachung geleistet wie wir. Nach christlichen Maßstäben folgt auf Sünde, Reue und Wiedergutmachung das Verzeihen. Freilich, das Verzeihen kann man nicht erzwingen. Aber von Freunden darf man es erwarten. Fast drei Generationen Bußzeit bis heute. Es sollten nicht sechs oder sieben werden. Insofern wäre das Mahnmal auch monumentaler Ausdruck der Unfähigkeit, uns selbst zu verzeihen.“*²²

²⁰ Ebd.

²¹ Nowak, Peter: Der Stahlhelm-Fraktionär. Zum Tod von Alfred Dregger, der nicht nur für die Freilassung verurteilter Nazi-Kriegsverbrecher kämpfte. In: junge welt, 3.7.2002. Zitiert nach: Klausch 2011, a. a. o., Seite 11 f.

²² Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht 48. Sitzung, Bonn, 25. Juni 1999, Plenarprotokoll 14/48, Seite 4122.

Nicht nur, dass Hohmann mit dem Satz „*Kein Land hat Verbrechen in seiner Geschichte aufgearbeitet und bereut, Entschädigung und Wiedergutmachung geleistet wie wir*“ die industriemäßig organisierte Ermordung von Millionen Juden relativiert und verharmlost, indem er sie in eine Reihe mit nicht näher bezeichneten Verbrechen in der Geschichte anderer Länder stellt. Der letzte Satz des Zitats enthält unverhohlen die Aufforderung, sich selbst den Holocaust an den Juden zu verzeihen und die Übernahme der historischen Verantwortung zu beenden. Es ist kaum zu glauben, dass solche Positionen im Deutschen Bundestag vertreten werden können.

Am 3. Oktober 2003 sprach Hohmann in Neuhof zum Tag der Deutschen Einheit²³. In dieser Rede wiederholt Hohmann unter Verweis auf „*beschämende Ereignisse*“ in der Geschichte anderer Länder seine Relativierung und Verharmlosung des Holocaust:

„Nicht die braunen Horden, die sich unter den Symbolen des Guten sammeln, machen tiefe Sorgen. Schwere Sorgen macht eine allgegenwärtige Mutzerstörung im nationalen Selbstbewußtsein, die durch Hitlers Nachwirkungen ausgelöst wurde. Das durch ihn veranlaßte Verbrechen der industrialisierten Vernichtung von Menschen, besonders der europäischen Juden, lastet auf der deutschen Geschichte. Die Schuld von Vorfahren an diesem Menschheitsverbrechen hat fast zu einer neuen Selbstdefinition der Deutschen geführt. Trotz der allseitigen Beteuerungen, daß es Kollektivschuld nicht gebe, trotz nuancierter Wortneuschöpfungen wie ‚Kollektivverantwortung‘ oder ‚Kollektivscham‘: Im Kern bleibt der Vorwurf: die Deutschen sind das ‚Tätervolk‘.

Jede andere Nation neigt eher dazu, die dunklen Seiten ihrer Geschichte in ein günstigeres Licht zu rücken. Vor beschämenden Ereignissen werden Sichtschutzblenden aufgestellt. Bei den anderen wird umgedeutet. Paradebeispiel für Umdeutung ist die Darstellung der französischen Revolution. [...]

Solche gnädige Neubetrachtung oder Umdeutung wird den Deutschen nicht gestattet. Das verhindert die zur Zeit in Deutschland dominierende politische Klasse und Wissenschaft mit allen Kräften. Sie tun ‚fast neurotisch auf der deutschen Schuld beharren‘, wie Joachim Gauck es am 1.10. 2003 ausgedrückt hat.

Mit geradezu neurotischem Eifer durchforschen immer neue Generationen deutscher Wissenschaftler auch noch die winzigsten Verästelungen der NS-Zeit.

Es verwundert, daß noch keiner den Verzicht auf Messer und Gabel vorgeschlagen hat, wo doch bekanntermaßen diese Instrumente der leiblichen Kräftigung der damaligen Täter dienten. Die Deutschen als Tätervolk. Das ist ein Bild mit großer, international wirksamer Prägekraft geworden. Der Rest der Welt hat sich hingegen in der Rolle der Unschuldslämmer – jedenfalls der relativen Unschuldslämmer – bestens eingerichtet.“²⁴

Anknüpfend an die antisemitische Nazi-Propaganda von einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ sprach Hohmann von den Juden als einem „Tätervolk“, um die Verantwortung der Deutschen für den Holocaust zurückzuweisen: Man könne mit der gleichen Berechtigung von den Juden und von den Deutschen als einem „Tätervolk“ sprechen, beides sei gleichermaßen unzutreffend.

„Meine Damen und Herren, wir haben nun gesehen, wie stark und nachhaltig Juden die revolutionäre Bewegung in Rußland und mitteleuropäischen Staaten geprägt haben. [...]. Mit einer gewissen Berechtigung könnte man im Hinblick auf die Millionen Toten dieser ersten Revolutionsphase nach der ‚Täterschaft‘ der Juden fragen. Juden waren in großer Anzahl sowohl in der Führungsebene als auch bei den Tscheka-Erschießungskommandos aktiv. Daher könnte man Juden mit einiger

²³ Der Wortlaut der Rede ist dokumentiert in: <http://www.heise.de/tp/druck/mb/artikel/15/15981/1.html>.

²⁴ Ebd.

Berechtigung als ‚Tätervolk‘ bezeichnen. Das mag erschreckend klingen. Es würde aber der gleichen Logik folgen, mit der man Deutsche als Tätervolk bezeichnet.

Meine Damen und Herren, wir müssen genauer hinschauen. Die Juden, die sich dem Bolschewismus und der Revolution verschrieben hatten, hatten zuvor ihre religiösen Bindungen gekappt. Sie waren nach Herkunft und Erziehung Juden, von ihrer Weltanschauung her aber meist glühende Hasser jeglicher Religion. Ähnliches galt für die Nationalsozialisten. Die meisten von ihnen entstammten einem christlichen Elternhaus. Sie hatten aber ihre Religion abgelegt und waren zu Feinden der christlichen und der jüdischen Religion geworden. Verbindendes Element des Bolschewismus und des Nationalsozialismus war also die religionsfeindliche Ausrichtung und die Gottlosigkeit. Daher sind weder ‚die Deutschen‘, noch ‚die Juden‘ ein Tätervolk. Mit vollem Recht aber kann man sagen: Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien, sie waren das Tätervolk des letzten, blutigen Jahrhunderts. Diese gottlosen Ideologien gaben den ‚Vollstreckern des Bösen‘ die Rechtfertigung, ja das gute Gewissen bei ihren Verbrechen. So konnten sie sich souverän über das göttliche Gebot ‚Du sollst nicht morden‘ hinwegsetzen. [...].

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben also gesehen, daß der Vorwurf an die Deutschen schlechthin, ‚Tätervolk‘ zu sein, an der Sache vorbeigeht und unberechtigt ist. Wir sollten uns in Zukunft gemeinsam gegen diesen Vorwurf wehren. Unser Leitspruch sei: Gerechtigkeit für Deutschland, Gerechtigkeit für Deutsche.“²⁵

Ebenso erschreckend wie die Rede selbst ist der Umstand, dass sich keiner der 120 Zuhörer, zumeist Mitglieder des CDU-Ortsverbands Neuhof, auch nur irritiert zeigte. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass Positionen vom äußersten rechten Rand innerhalb der hessischen CDU so alltäglich sind, dass sie überhaupt nicht weiter auffallen. Erst nachdem die CDU Neuhof Hohmanns Rede auf ihre Internetseite stellte, geriet Hohmann bundesweit unter heftige Kritik. Selbst nach dem bundesweiten Proteststurm auch aus den eigenen Reihen der CDU, beispielsweise durch Jürgen Rüttgers und Heiner Geißler, fand die hessische CDU nicht die Kraft, von sich aus gegen Hohmann vorzugehen.

Erst auf Initiative der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel wurde Hohmann aus der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und später aus der CDU ausgeschlossen. Namhafte Politiker der CDU Hessen hatten sich vor Hohmann gestellt und auch der Vorsitzende der hessischen CDU, Roland Koch, sah keine Veranlassung, von sich aus gegen Hohmann aktiv zu werden. Dass dem Beschluss des Landesvorstands der hessischen CDU, gegen Hohmann ein Parteiausschlussverfahren einzuleiten, einiger Druck aus der Bundespartei vorausgegangen sein muss, klingt in der Berichterstattung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ deutlich an:

„Wie CDU-Generalsekretär Michael Boddenberg mitteilte, entschied sich das Führungsgremium der Hessen-Union einstimmig für diesen Schritt [...].

Der hessische Landesverband hat sich nach Darstellung Boddenbergs die Begründung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden Angela Merkel vom 10. Novem[b]er zu eigen gemacht, wonach Hohmanns Rede antisemitischen Charakter gehabt habe und ‚unter keinen Umständen hinnehmbar‘ gewesen sei. Seine Äußerungen hätten ‚gravierend‘ gegen die Grundsätze der CDU verstoßen und ihr in der Öffentlichkeit schweren Schaden zugefügt. Nach der Beurteilung des hessischen Landesvorstands ist es, wie Boddenberg hinzufügte, ‚ausgeschlossen, daß die Landespartei zu einer anderen Wertung als die Bundestagsfraktion kommen kann‘. Folgte dem Fraktions- kein Parteiausschluß könnte Hohmann weiterhin im Bundestag im Namen der CDU sprechen, und seine Aussagen würden der CDU zugeordnet. Die Hessen-CDU hat nach Angaben Boddenbergs das Ausschlußverfahren in enger Abstimmung mit der Bun-

²⁵ Ebd.

*despartei vorbereitet. Sie wird im Verfahren juristisch von dem Anwalt Christofer Lenz vertreten, der auch die Bundes-CDU vertritt.*²⁶

Bei der Bundestagswahl 2005 trat Martin Hohmann als parteiloser Direktkandidat im Wahlkreis Fulda an und erhielt 21,5 Prozent der Erststimmen²⁷. Dieses Wahlergebnis offenbart in drastischer Weise, dass die hessische CDU, indem sie rechtsextremistische Positionen in ihren Reihen duldet, den Boden für deren Ausbreitung in der Gesellschaft bereitet: 39.545 Wählerinnen und Wähler gaben Hohmann ihre Stimme, obwohl er wegen seiner antisemitischen Rede aus der CDU ausgeschlossen worden war. Dass die CDU Hohmann so lange als Mitglied geduldet hatte, trug offensichtlich dazu bei, dass er seine äußerst rechten Positionen in seinem Wahlkreis verbreiten und verankern konnte.

Als Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und hessische CDU-Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Frankfurt am Main III genießt auch Erika Steinbach in der rechtsextremen Szene einiges Ansehen. Seit 1994 ist Steinbach Mitglied des Bundes der Vertriebenen, seit 1998 dessen Präsidentin. 2010 wurde sie für zwei weitere Jahre wiedergewählt. Über die politische Ausrichtung und Funktion des Bundes der Vertriebenen sagt der Historiker Erich Später in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“:

„1950 wurde die Charta der Heimatvertriebenen veröffentlicht, unterzeichnet wurde das Dokument von 30 Funktionären. Davon waren 20 in der NSDAP beziehungsweise Mitglieder der SS. Der erste Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft bestand aus 15 Personen, davon stammten zwölf aus den obersten Rängen der NSDAP in Reichenberg, der Gauhauptstadt des Sudetenlands, das annektiertes Gebiet der Tschechoslowakei war. Meine These ist, das in den ersten 20 Jahren des BdV auf jeder Ebene, von den untersten bis zur den höchsten Rängen, ehemalige NS-Funktionäre und Mitglieder der SS die Mehrheit bilden. Das stellte eine enorme Lobby- und Integrationsmacht für den Verwaltungs- und Vernichtungsapparat des Nationalsozialismus dar: So gelang es, die 90.000 Beamten und Angestellten der öffentlichen Verwaltungen aus den Ostgebieten reibungslos im öffentlichen Dienst unterzubringen.“²⁸

Bereits 1991 hatte Erika Steinbach im Bundestag gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zwischen Deutschland und Polen gestimmt und gemeinsam mit anderen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion eine Erklärung zu ihrem Abstimmungsverhalten zu Protokoll gegeben, in der die Grenze zwischen Deutschland und Polen als offene Frage gekennzeichnet wird:

„Dem Vertrag über die Bestätigung der bestehenden Grenzen können wir nicht zustimmen, da wir uns, ausgehend von der Geschichte, der Rechtslage und im Hinblick auf den Grenzen überwindenden europäischen Einigungsprozess, im Vorfeld des Vertrages gegen eine isolierte deutsch-polnische Grenzregelung gewandt und für eine in die Zukunft gerichtete Lösung aller offenen deutsch-polnischen Fragen eingesetzt haben.“²⁹

Diese revisionistische Position einer Abgeordneten der Regierungspartei CDU hat in Polen Ängste erzeugt, die bis heute nachwirken und das deutsch-polnische Verhältnis belasten.

²⁶ Hessische CDU leitet Verfahren zum Ausschluß von Hohmann ein. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.11.2003, in: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/hessische-cdu-leitet-verfahren-zum-ausschluss-von-hohmann-ein-1130569.html>.

²⁷ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Martin_Hohmann.

²⁸ „Konzentration auf Steinbach lenkt ab“. Interview mit Erich Später. In: Frankfurter Rundschau, 11.2.2010, <http://www.fr-online.de/politik/historiker-erich-spaeter--konzentration-auf-steinbach-lenkt-ab-,1472596,3206294.html>.

²⁹ Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht 50. Sitzung, Bonn, 17. Oktober 1991, Plenarprotokoll 12/50, Seite 4199 f.

Am 9. September 2010 sorgte Erika Steinbach in einer Sitzung des Vorstandes der CDU für einen Eklat:

„Die CDU-Politikerin Steinbach, seit Jahren in der Partei heftig umstritten, hatte in der internen Sitzung der Unionsfraktionsspitze am Donnerstag (09.09.2010) darauf beharrt, dass Polen 1939 zuerst gegen Deutschland mobilgemacht habe und damit heftige Empörung in dem Gremium ausgelöst. Wörtlich sagte sie: ‚Ich kann es leider auch nicht ändern, dass Polen bereits im März 1939 mobilgemacht hat.‘ Sie erweckte damit nach Darstellung mehrerer Teilnehmer den Eindruck, Polen trage daher eine Mitschuld am Kriegsausbruch. Diesen Vorwurf wies Steinbach allerdings umgehend zurück. ‚Eines ist für mich ganz deutlich: Den Krieg hat Deutschland angefangen.‘

Allerdings, als Konsequenz aus dem nach ihrer Einschätzung mangelnden Rückhalt in der Union kündigte Steinbach ihren Rückzug aus dem CDU-Vorstand an. Offene, interne Debatten seien in ihrer Partei nicht mehr möglich, ohne dass sie nach außen getragen würden, sagte Steinbach zur Begründung. Sie habe als Konservative in der Union nur noch ‚Alibifunktion‘.³⁰

In der hessischen CDU hat Steinbach mit ihren Rechtsaußen-Positionen nie Anstoß erregt. Andreas Schockendorf, damaliger stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fand dagegen deutliche Worte:

„Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff kritisierte Frau Steinbach: ‚Es muss klar sein, dass es hier nicht um Meinungsverschiedenheiten, sondern Geschichtsklitterung geht. Eine solche Meinung hat in der Fraktion und der Partei keinen Platz‘, sagte Schockenhoff der Nachrichtenagentur Reuters. ‚Der Hinweis auf die Mobilmachung Polen[s] ist absurd – als ob dadurch der Einmarsch Polens ins Deutsche Reich bevorgestanden hätte.‘ Jeder wisse, dass dies Unsinn sei und Hitler einen Krieg vorbereitet habe. Schockenhoff betonte am Donnerstag, er fordere damit aber nicht einen Parteiausschluss.³¹

Mit ihrer Relativierung der deutschen Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zielt Steinbach in eine ähnliche Richtung wie Hohmann:

„Ja, es ist ja die Leistung Erika Steinbachs, den Diskurs der deutschen Rechten an die internationale Menschenrechtsdebatte angeglichen zu haben: Man redet nicht mehr von Polacken, von asiatischen Horden, vom Vernichtungskrieg gegen Deutschland – die Vertriebenen sind jetzt Opfer der Weltgeschichte, von unmenschlichen Regimes, von einer seit Jahrtausenden stattfindenden Politik der Vertreibung. Der Zweite Weltkrieg verliert seinen historischen Ort; er wird zu einem Ereignis unter vielen in einer Kette von weltgeschichtlichen Verhängnissen. Der Massenmord an den Juden versinkt im Meer der Geschichte.³²

Zu den Mitgliedern der CDU Hessen, die sich schützend vor Martin Hohmann und seine antisemitischen Äußerungen stellten, gehörte auch Hans-Jürgen Irmer, bildungspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion:

„Vor einem Jahr meldete er sich zum Fall des Fuldaer Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann gemeinsam mit seinem Landtagsfraktionskollegen Clemens Reif in einem offenen Brief zu Wort. Irmer, der auch Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Lahn-Dill ist, und Reif traten darin Hohmann mit dem Satz zur Seite, es sei Zeit, daß die Deutschen unverkrampft an ihre eigene Geschichte herangingen. Sie kritisierten außerdem in scharfer Form die CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel, die den Ausschluß Hohmanns wegen dessen als antisemi-

³⁰ Steinbach sorgt für Eklat. In: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,5991942,00.html>.

³¹ „Steinbach hat Kriegsschuldfrage nicht bezweifelt“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.9.2010, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/eklat-in-unionsfraktion-steinbach-hat-kriegsschuldfrage-nicht-bezweifelt-11042941.html>.

³² „Konzentration auf Steinbach lenkt ab“, a. a. O.

tisch kritisierten Äußerungen aus Bundestagsfraktion und Partei betrieb, und forderten für Hohmann ‚Verzeihung und Vergebung‘.³³

Irmer sorgte mit seinen rechtsextremen Äußerungen, insbesondere als Herausgeber des rechts-populistischen Anzeigenblattes „Wetzlarer Kurier“, und wegen seiner Kontakte zu rechtsradikalen Organisationen im Hessischen Landtag bereits mehrfach für heftige Auseinandersetzungen:

„Im Jahre 1996 hielt Irmer einen Vortrag bei der Gießener Burschenschaft Dresdensia Rugia, die von Beobachtern nicht nur aufgrund ihrer Verbindung zur sächsischen Landtagsfraktion der NPD als rechtsextremistisch eingestuft wird[,] mit dem Titel ‚Der Islam als Gefahr für Deutschland‘. Nach Auffassung des Hessischen Verfassungsschutzes wird die Burschenschaft von der NPD zur Mitgliederrekrutierung genutzt, und auch durch den Gießener AStA als ‚NPD-Kaderschmiede‘ bezeichnet. Der sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel, bekannt für die Titulierung der Bombardierung Dresdens als ‚Bomben-Holocaust‘, war lange Zeit Mitglied der Dresdensia Rugia und hatte noch vor der Rede Irmers bei der Burschenschaft anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes die Liquidation ‚deutscher Werte durch die Besatzer‘ beklagt. Auch vor der Gießener Burschenschaft Germania hielt Irmer einen Vortrag. Im Landtag mit diesen Vorwürfen konfrontiert, erklärte Irmer lapidar, er hätte ‚mit jeder Form von braunem Spuk nullkommanull zu tun.‘ Den Forderungen nach seinem Ausschluss aus der CDU-Fraktion hat die Landtagsfraktion nicht entsprochen. Anscheinend sind Vortragstätigkeiten bei rechtsextremistischen Organisationen aus der Sicht der Hessischen CDU ein legitimer Beitrag zur politischen Diskussion.“³⁴

Auch im November 2004 stellte sich die Fraktion der CDU im Hessischen Landtag geschlossen hinter Irmer und sein rechtsextremes Weltbild:

„Nach hitziger Debatte hat die CDU im hessischen Landtag am Donnerstag eine Distanzierung von als fremdenfeindlich kritisierten Artikeln ihres Abgeordneten Hans-Jürgen Irmer abgelehnt. [...]. Der CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Roland Koch (CDU) griff trotz mehrfacher Aufforderung von SPD und FDP nicht in die Debatte ein.

In seinem Anzeigenblatt ‚Wetzlarer Kurier‘ (Oktober-Ausgabe) hatte der 52jährige die Abschaffung des Individualrechts auf Asyl gefordert. Andere Artikel, in denen Homosexualität als ‚heilbar‘ bezeichnet wurde, empfahlen Homosexuellen eine therapeutische Behandlung und bezichtigten Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) des ‚Schwachsinn‘ und regten eine Anklage wegen Hochverrats gegen den deutschen EU-Kommissar Günter Verheugen (SPD) wegen dessen Haltung zu einem Beitritt der Türkei an. Ein weiterer Text titulierte den Grünen-Politiker Tarek Al-Wazir – dessen Vater Jemenit ist – als ‚Tarek Mohammed Al-Wazir‘. Im Impressum übernimmt Irmer die Verantwortung für alle Beiträge ohne Autorenkürzel. [...]

Der SPD-Abgeordnete Norbert Schmitt verlangte von der CDU eine Distanzierung von diesem ‚rechtsextremen Weltbild‘. Irmer sei als bildungspolitischer Sprecher und Vize-Fraktionschef ‚nicht irgendein Abgeordneter‘. Die Grüne Priska Hinz sprach von ‚Ausländerhetze‘. Die Liberale Ruth Wagner wertete den Gebrauch des Namens ‚Mohammed‘ als menschliche Diffamierung: ‚Das Spiel mit einem Namen, das hat eine Tradition‘, sagte Wagner in Anspielung auf den Nationalsozialismus.

Die Union stand allerdings zu Irmer und Irmer zu seinen Überzeugungen. Als Oppositionsredner einzelne seiner Äußerungen verlasen, rief er von seinem Sitz aus ‚So ist es‘ in den Saal. Fraktionsgeschäftsführer Frank Gotthardt mochte zwar ‚nicht jede einzelne Position‘ seines Parteifreunds verteidigen, griff aber dann die SPD an. Sie wolle mit der Debatte nur von ihrer

³³ CDU distanziert sich nicht von Irmer. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.11.2005, in: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region/cdu-distanziert-sich-nicht-von-irmer-1196773.html>.

³⁴ Wiegel, Schalauske, Gabriel ohne Jahr, a. a. O., Seite 12.

inhaltlichen Armut ablenken. Der ‚Wetzlar Kurier‘ spreche aus, was viele Menschen dächten. Über Form und Stil der Beiträge könne man streiten, freie Meinungsäußerung aber müsse erlaubt sein.³⁵

Der damalige hessische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Roland Koch schweigt, wenn ein Mitglied seiner Partei und stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion zum Bruch der Verfassung aufruft, indem er die Abschaffung des Individualrechtes auf Asyl fordert: Das Individualrecht auf Asyl wurde im Grundgesetz als historische Lehre aus dem Schicksal unzähliger Verfolgter des Nazi-Regimes in Deutschland verankert. Und der Fraktionsgeschäftsführer der CDU kehrt bei seiner Verteidigung Irmers die Tatsachen einfach um: Nicht Irmers „Wetzlarer Kurier“ ist es, der rechtsextreme, rassistische und homophobe Propaganda verbreitet und hoffähig macht, sondern das Blatt spreche nur aus, was viele Menschen dächten. Eine solche Argumentation ist gerade in einem deutschen Parlament ungeheuerlich. Konsequenter Verfolgung bedeutet diese Argumentation: Wenn viele etwas denken, dann darf es auch verbreitet und propagiert werden. Ein solcher Freibrief für rechtspopulistische Propaganda dürfte bundesweit einzigartig sein; das Schweigen eines Ministerpräsidenten angesichts der Forderung zum Bruch der Verfassung auch.

Als Irmer im April 2010 gegen die stillschweigende Übereinkunft der hessischen CDU verstieß, rechtspopulistische Positionen nicht öffentlich gegen Mitglieder der eigenen Partei – und schon gar nicht gegen solche in Spitzenämtern – in Stellung zu bringen, entzog ihm die Landtagsfraktion zum ersten und einzigen Mal die Rückendeckung:

„Der 58 Jahre alte Gymnasiallehrer hatte in einem Interview mit der ‚Wetzlarer Neuen Zeitung‘ die Berufung der türkischstämmigen, muslimischen CDU-Politikerin Aygül Özkan zur neuen niedersächsischen Sozialministerin als ‚Fehlentscheidung‘ von Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) gegeißelt. Frau Özkans Äußerungen gegen Kreuzfixe in Schulen und für ‚ergebnisoffene‘ Verhandlungen mit der Türkei über einen EU-Beitritt hatte Irmer wie andere in der CDU in Wallung versetzt: ‚So eine Denke bedeutet für mich, dass sie nicht in der Lage ist, deutsche Interessen wahrzunehmen.‘ Einmal in Fahrt, warnte Irmer mit drastischen Bildern vor einem EU-Beitritt der Türkei. Die dann folgende massenhafte Einwanderung von Muslimen sei ‚eine gefühlte Landnahme‘. Denn ‚der Islam ist auf die Eroberung der Weltherrschaft fixiert.‘ Deutschland brauche ‚nicht mehr Muslime, sondern weniger.‘³⁶

Auf Druck der Opposition kam es zu einer Fraktionssitzung der CDU, nach der sich Irmer halberzig in einer persönlichen Erklärung entschuldigte:

„Noch nie ist es in der hessischen CDU passiert, dass Roland Koch einem Parteifreund vor versammelter Mannschaft die gelbe Karte zeigt und eine öffentliche Entschuldigung von ihm einfordert. Die zum Teil emotional aufgewühlten Abgeordneten der CDU-Fraktion erlebten einen Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden, der Hans-Jürgen Irmer mit politischem Platzverweis drohte, sollte er sich nicht im Landtag für seine islamfeindlichen Äußerungen entschuldigen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Christean Wagner sagte wenig später nach Ende der von SPD, Grünen und Linkspartei erzwungenen Sitzungsunterbrechung im Landtag, die Fraktion habe ‚einmütig festgestellt, dass die Äußerungen vom Kollegen Irmer nicht akzeptabel sind und dass die Fraktion sie ausdrücklich missbilligt.‘³⁷

³⁵ Hessen-CDU distanziert sich nicht von umstrittenem Abgeordnetem. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.11.2004, in: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region/landespolitik-hessen-cdu-distanziert-sich-nicht-von-umstrittenem-abgeordnetem-1192455.html>.

³⁶ CDU-Rechtspopulist Irmer: Über das Ziel hinaus. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.4.2010, in: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/hessen/cdu-rechtspopulist-irmer-ueber-das-ziel-hinaus-1969229.html>.

³⁷ Ebd.

Die Berichterstattung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ legt allerdings die Vermutung nahe, dass die Führung der hessischen CDU eine Distanzierung von Irmers Äußerungen nicht aus eigener Initiative herbeiführte, sondern auf den Druck aus der Fraktion reagierte:

„Irmer selbst sei ‚erschrocken‘ gewesen, berichten Teilnehmer, über die einmütige Ablehnung seiner Äußerungen in der Fraktion. Der 70 Jahre alte Wiesbadener CDU-Abgeordnete Horst Klee formulierte die Haltung zu Irmer mit den Worten: ‚So kann das nicht weitergehen.‘ Die Führung habe gemerkt, ‚dass die Fraktion mehr als irritiert ist‘. Irmer habe ‚unzulässige Verallgemeinerungen‘ über muslimische Einwanderer getroffen.“³⁸

Wehret den Anfängen!

Hans-Jürgen Irmers „Erschrecken“ über die Ablehnung seiner islamfeindlichen Äußerungen ist angesichts der rechtspopulistischen rassistischen Kampagne, die Roland Koch und die hessische CDU an die Macht gebracht hat, allerdings nachvollziehbar. Roland Koch ist kein Rassist, doch hat er wiederholt rassistische Vorurteile mit eiskaltem Kalkül genutzt, um sich und seiner Partei einen Vorteil zu verschaffen. Im Gegensatz zu Roland Koch ist Hans-Jürgen Irmer ein „Überzeugungstäter“, der an seine Hasstiraden selbst glaubt. Infolgedessen verfügt Irmer im Gegensatz zu Koch nicht über die Fähigkeit, die Wirkung seiner Äußerungen strategisch zu kalkulieren.

Gerade das macht Politiker wie Roland Koch so gefährlich: „Überzeugungstäter“ wie Hans-Jürgen Irmer fühlten sich in der hessischen CDU von Kochs rechtspopulistischen Kampagnen massenhaft ermutigt, rassistische Vorurteile zu verbreiten und rechtsextreme Positionen zu propagieren. Selbstverständlich blieb die Wirkung dieser „Ermutigung“ nicht auf die Mitglieder der hessischen CDU beschränkt, sondern zeigte Wirkung weit in die Gesellschaft hinein. Bislang ist daraus kein Flächenbrand geworden, aber es ist zu vermuten, dass die Verfestigung neonazistischer Organisationen und Strukturen auch auf die Signale der Akzeptanz von rechtspopulistischen Positionen, die von Roland Koch ausgingen, zurückzuführen ist.

Angesichts der großen politischen und strategischen Begabung Kochs ist davon auszugehen, dass er um diese Gefahren sehr genau wusste, sie aber trotzdem, skrupellos kalkulierend, einging. Der Frage nach seiner moralischen Verantwortung mag sich Roland Koch persönlich stellen, oder auch nicht. Festzuhalten bleibt aber, dass das zivilgesellschaftliche Engagement, die Aufklärung und der Widerstand gegen rechtspopulistische Propaganda, gegen machtstrategisch eingesetzte „Brandstiftung“ am rechten Rand durch nichts zu ersetzen sind. Das Motto ist und muss bleiben: „Wehret den Anfängen!“

Das System Koch: Wo kann ich gegen die Ausländer unterschreiben?

„Wenn sich der Neoliberalismus mit dem Nationalkonservatismus amalgamiert, resultiert daraus ein besonders aggressiver Standortnationalismus, der als politisch-ideologische Steilvorlage für den Rechtsextremismus wirkt.“³⁹

Roland Koch hat als Landesvorsitzender die Traditionslinie der CDU Hessen als konservativer Kampfverband⁴⁰ der CDU fortgeführt und um eine besonders aggressive, unsoziale und undemokratische Variante des Neoliberalismus ergänzt:

³⁸ Ebd.

³⁹ Butterwegge, Christoph: Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus. In: Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Opladen und Framington Hills 2008, Seite 24.

⁴⁰ Vgl. Neumann, Arijana; Schmid, Josef: Die Hessen-CDU: Kampfverband und Regierungspartei. In: Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Wiesbaden 2008, Seite 107 – 141, hier Seite 107, 109, 115, 126 und 138 f.; Bebenburg, Pitt von; Thieme, Matthias: Ausgekocht. Hinter den Kulissen hessischer Machtpolitik. Frankfurt am Main 2010, Seite 22 – 44.

„Die Traditionslinie der Hessen-CDU, von Alfred Dregger über Manfred Kanther bis zu Roland Koch[,] steht für den rechten Flügel der Union, dessen häufige Bezeichnung als ‚Stahlhelmflügel‘ einen Teil der Werthaltung zum Ausdruck bringt: Autoritarismus, nationale Borniertheit, Relativierung der NS-Vergangenheit und das Schüren von Ressentiments gegen Teile der ausländischen bzw. migrantischen Bevölkerung. Unter Roland Koch [...] ist eine rabiante Variante des Neoliberalismus hinzugekommen, mit der Hessen zum Musterland der offenkundig gescheiterten neoliberalen Deregulierung gemacht werden soll.

Dabei können in der Hessischen Union nationalkonservative Positionen, ein autoritäres Staatsverständnis und der neoliberale Umbau des Sozialstaats als die drei Ecken desselben Politik-Dreiecks gesehen werden: Das Ziel scheint eine Gesellschaft zu sein, in der ein Nachwächterstaat nur noch für ‚law and order‘ sorgt, soziale Rechte und Sicherungssysteme zu Ungunsten der Schwachen und Schwächsten dieser Gesellschaft abgebaut werden und sich eine politische Klasse etabliert, die zunehmend selbst definiert, was Recht und Unrecht ist[,] und von den Verfehlungen dieser Politik mit Hilfe von Umdeutungsversuchen der NS-Vergangenheit und der Stigmatisierung von Minderheiten abzulenken sucht.“⁴¹

Kaum ein Landtagswahlkampf hat bundesweit für so viel Aufsehen gesorgt wie der hessische Landtagswahlkampf im Jahr 1999, in dem Roland Koch mit der Unterschriftkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft rassistische Ressentiments ausnutzte, um für sich und die hessische CDU einen Wahlsieg zu erreichen:

„Es gibt kaum einen Landtagswahlkampf, der bundesweit so viele Spuren hinterlassen hat wie Roland Kochs Kampagne Anfang 1999. Mit seiner Unterschriftensammlung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft wühlte er das ganze Land auf. Denn sie mobilisierte Ressentiments gegen Ausländer. Wenn die CDU ihre Unterschriftenstände aufbaut, fragen Menschen nach, wo man bitte ‚gegen Ausländer unterschreiben‘ könne. Das berichten entsetzte Augen- und Ohrenzeugen immer wieder. Koch aber geht nicht auf Distanz, sondern nimmt diese Stimmen gerne mit.“⁴²

Erdacht haben die Kampagne nicht Roland Koch und die hessische CDU, sondern der damalige CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble. In Abwesenheit ihres Vorsitzenden Roland Koch lehnte der Landesvorstand der CDU Hessen die Kampagne ab, bis dieser verspätet hinzukam und die Kampagne durchsetzte.⁴³

„Die Union zieht ihre Kampagne durch, obwohl Ausländerhass in Deutschland grassiert. Die tagelangen Ausschreitungen gegen Ausländer in Rostock-Lichtenhagen, die Brandanschläge auf von Ausländern bewohnte Häuser in Mölln und Solingen liegen noch nicht lange zurück. Sie haben Anfang der 90er Jahre die Republik aufgeschreckt. Berichte von Hetzjagden und Misshandlungen häufen sich. Im Jahr 2000 werden die ‚Frankfurter Rundschau‘ und der ‚Tagesspiegel‘ in einer Dokumentation nachweisen, dass in den zehn Jahren seit der deutschen Vereinigung 93 Menschen aus rechtsextremen Motiven getötet worden sind, viele von ihnen Ausländer.“⁴⁴

Umso erschreckender ist es, dass die Kampagne – für die CDU und Roland Koch – erfolgreich war und CDU und FDP am Wahlabend entgegen allen Umfragen eine Mehrheit erhielten.

Kurz nach der Landtagswahl erschütterte die CDU-Spendenaffäre die Öffentlichkeit, die ihren Ursprung im Jahr 1984 hatte, als nach der Verschärfung des Parteiengesetzes der damalige CDU-Generalsekretär Manfred Kanther, Generalsekretär Casimir von Wittgenstein und Finanz-

⁴¹ Wiegel, Schalauske, Gabriel ohne Jahr, a. a. O., Seite 2.

⁴² Bebenburg, Thieme, 2010, Seite 22 f.

⁴³ Schroeder, Parteien und Parteiensystem in Hessen, 2008, Seite 116 f.

⁴⁴ Bebenburg, Thieme, 2010, Seite 23.

berater Horst Weyrauch 20,8 Millionen Mark aus der 1979 verbotenen Staatbürgerlichen Vereinigung zur Sammlung von Spenden illegal auf Schweizer Konten transferierten. Dieses Geld wurde in den folgenden Jahrzehnten in Teilsummen zurücküberwiesen und als „Vermächtnisse“ verbucht.⁴⁵

Als diese Praxis aufflog, erklärte Schatzmeister Wittgenstein, es handele sich um „anonyme jüdische Vermächtnisse“; Roland Koch hat als Landesvorsitzender der CDU und hessischer Ministerpräsident dieser Darstellung nicht widersprochen. Die Tarnung des Schwarzgeldes der CDU als „jüdische Vermächtnisse“ ist an kaltschnäuziger Amoralität nicht zu überbieten. Die Beteiligten hofften wohl, durch die Deklaration des Schwarzgeldes als „jüdische Vermächtnisse“ ein aus der deutschen Geschichte begründetes Tabu zu errichten, das sie vor weiteren Nachforschungen schützen würde. Ob gewollt oder ungewollt: Um ihre kriminellen Machenschaften vor der Öffentlichkeit und der Justiz zu verbergen, knüpften sie an die Nazi-Propaganda vom „reichen Juden“ an und machten sich damit zudem der Verbreitung eines antisemitischen Feindbildes schuldig.

Dass Roland Koch als Ministerpräsident nicht zurücktreten musste, obwohl er während der Spendenaffäre nachweislich gelogen hatte, lag einzig daran, dass ihm die hessische CDU – und auch die FDP als Koalitionspartner – unbedingte Vasallen-Treue hielten. Dem Land Hessen hat es sehr geschadet, über lange Jahre einen Ministerpräsidenten zu haben, der jederzeit ungestraft als Lügner bezeichnet werden konnte und der seine bundesweite Bekanntheit einer rassistischen Wahlkampagne und dem übelsten Schwarzgeld-Skandal in der Geschichte der Bundesrepublik verdankte.

Kurz vor der Landtagswahl 2003, aus der die hessische CDU mit einer absoluten Mehrheit hervorging, löste Koch erneut einen Eklat aus, indem er die Verfolgten des NS-Regimes durch einen grotesken Vergleich beleidigte:

„Es geht um die Forderung nach einer Vermögensteuer, die von Gewerkschaftern wie dem Verdi-Vorsitzenden Frank Bsirske vorangetrieben wird und Koch zu einem absurden Vergleich mit Nazideutschland veranlasst. ‚Hören sie auf damit, Mensch vorgaukeln zu wollen, das betrifft nur ein paar Reiche‘, sagt der Ministerpräsident im Landtag. ‚So wie Bsirske des im Fernsehen gemacht hat: Dass er anfängt, von Menschen die Namen zu nennen mit so einer neuen Form von Stern an der Brust‘. Das sei, so Koch, ‚eine schlimme Parallele zu anderen Zeiten‘. Als der Protest anschwillt, entschuldigt sich Koch. Er habe sich in der emotionalen Stimmung ‚vergaloppiert‘.“⁴⁶

Ganz abgesehen davon, dass völlig rätselhaft ist, was das für eine „emotionale Stimmung“ sein soll, die die Verharmlosung des deutschen Faschismus und des Genozids an den Juden zulässt, drängt sich der Verdacht auf, dass der erfahrene und bei öffentlichen Äußerungen äußerst kontrollierte Stratege Roland Koch hier einmal mehr am äußerst rechten Rand gefischt hat, um das Potential der hessischen CDU restlos auszuschöpfen:

„Paul Spiegel, der inzwischen verstorbene damalige Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, hielt Kochs Worte für eine ‚unerträgliche Beleidigung‘ der Opfer des Nationalsozialismus. Die Entschuldigung Kochs habe er gehört. Doch Spiegel stellt fest: ‚Es bleibt ein bitterer Nachgeschmack.‘ So wie immer, wenn Koch am rechten Rand wildert.“⁴⁷

Im Landtagswahlkampf 2008 setzte Roland Koch erneut auf die Mobilisierung durch rassistische Vorurteile:

⁴⁵ Schroeder, Parteien und Parteiensystem in Hessen, 2008, Seite 123 f.

⁴⁶ Bebenburg, Thieme, 2010, Seite 32.

⁴⁷ Ebd., Seite 33.

„Kurz vor Weihnachten 2007 haben ein 20-jähriger Türke und ein 17-jähriger Grieche in einer Münchner U-Bahn einen Rentner verfolgt und zusammengeschlagen, der sie aufgefordert hatte, nicht zu rauchen. [...] Nach den Feiertagen hat die ‚Bild‘-Zeitung dann die Lösung parat. Roland Koch liefert sie. Jetzt spreche ‚der erste Politiker Klartext‘, jubelt das Boulevardblatt. In fetten Lettern lässt es die Kernaussage aus dem Koch-Interview folgen: ‚Wir haben zu viele junge kriminelle Ausländer.[...] ‚, Wer sich als Ausländer nicht an unsere Regeln hält, ist hier fehl am Platze‘, erklärt er vollmundig [...]. Und vergisst zu erwähnen, dass viele der so genannten ‚Ausländer‘ in Deutschland aufgewachsene junge Leute sind, die [...] einen deutschen Pass haben. Inländer also, Menschen aus der Bundesrepublik [...].“⁴⁸

Als kurz darauf am Frankfurter U-Bahnhof Heddernheim sieben Jugendliche, die in einem sozialen Brennpunkt lebten und deren Familien aus türkischen oder arabischen Ländern stammten, den Fahrer eine U-Bahn schwer verletzten, verschärfte Roland Koch seine Kampagne: *„Gefängnis muss man spüren, wenn es Wirkung haben soll‘, sagt der Ministerpräsident.“⁴⁹*

Doch die Kampagne verfiel diesmal nicht, weil schnell an die Öffentlichkeit drang, dass Koch, der seit neun Jahren an der Spitze der hessischen Landesregierung stand, zusammen mit Innenminister Bouffier selbst dafür verantwortlich war, dass in Hessen infolge von Geld- und Personalmangel die Dauer zwischen Tat und Verurteilung im Bundesvergleich besonders lang war. Auch Kochs letzter Versuch scheiterte, die Stimmung durch eine Kombination von Antikommunismus und rassistischen Ressentiments zu kippen, indem er Großflächenplakate mit dem Slogan „Links-Block verhindern! Ypsilanti, Al-Wazir und die Kommunisten stoppen!“ in ganz Hessen aufstellen ließ. Am Wahlabend erhielt die CDU noch nicht einmal zusammen mit der FDP eine Regierungsmehrheit.

Die Weigerung der hessischen CDU, ihr braunes Erbe aufzuarbeiten, aber auch die Äußerungen und Skandale von Martin Hohman, Erika Steinbach, Hans-Jürgen Irmer und Roland Koch belegen: Es gibt in der hessischen CDU kein Interesse, am rechten Rand der Partei eine Trennschärfe herzustellen. Ganz im Gegenteil: Mit rassistischen Kampagnen hat die hessische CDU immer wieder aus wahltaktischen Gründen versucht, das Wählerpotential am äußersten rechten Rand der Gesellschaft für sich zu mobilisieren. Das ist für die innere Entwicklung der Partei offensichtlich nicht ohne Folgen geblieben. Die Parteiführung der hessischen CDU trägt mindestens eine Mitverantwortung dafür, dass in der Partei rechtsradikale Äußerungen so verbreitet sind, dass selbst ein ausgewiesener Neonazi wie Daniel Budzynski nicht weiter aufzufallen scheint.

Es ist hohe Zeit, dass die hessische CDU unmissverständlich deutlich macht, dass in ihren Reihen antisemitische, rassistische, nationalistische und antidemokratische Positionen nicht geduldet werden. Ein wichtiger Schritt dazu wäre die öffentliche Aufarbeitung des braunen Erbes des Landesverbandes und eine eindeutige Distanzierung davon.

Bislang macht die CDU Hessen das genaue Gegenteil: Neonazis und Rechtsextreme in den eigenen Reihen werden als Einzelfälle abgetan, allerdings erst nachdem sie öffentlich enttarnt worden sind. Niemand in der hessischen CDU scheint sich mit der Frage zu beschäftigen, wie es sein kann, dass Rechtsextreme und Neonazis innerhalb der Mitgliedschaft weder auffallen noch auf Initiative aus der Mitgliedschaft ausgeschlossen werden.

⁴⁸ Ebd., Seite 25 f.

⁴⁹ Ebd., Seite 26.

Kristina Schröder: Hohmann steht „auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung“

Kristina Schröder aus Wiesbaden wurde 2002 über die Landesliste der CDU Hessen in den Deutschen Bundestag gewählt, seit November 2009 gehört sie als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Bundesregierung an. Noch 2006 verteidigte sie Roland Kochs Kampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft in einem Interview:

„Viele hatten damals den Eindruck: Da kann ich gegen Ausländer unterschreiben. Das mag sein, dass der eine oder andere so gedacht hat. Ich habe damals auch Unterschriften gesammelt, und mir hat das keiner gesagt. Ich hätte ihm auch widersprochen. Ich habe aber kein Problem damit, wenn es uns als Volkspartei gelingt, diejenigen, die eine rechtskonservative Ausrichtung haben, zur Mitte hin zu integrieren, sodass sie nicht zu den Republikanern abdriften. Die SPD hat bei dieser Aufgabe am linken Rand leider ziemlich versagt.“⁵⁰

Nach ihrem „früheren Parteikollegen Martin Hohmann“ befragt antwortet Schröder: *„Ich habe Martin Hohmanns Rede damals für absolut falsch gehalten und mich immer davon distanziert. Aber ich bezweifle nicht, dass er auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht.“⁵¹* – Diese verblüffende Antwort wirft die Frage auf, was sie unter „unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ versteht. Zur Erinnerung:

„Der hessische Landesverband hat sich [...] die Begründung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden Angela Merkel vom 10. Novem[b]er zu eigen gemacht, wonach Hohmanns Rede antisemitischen Charakter gehabt habe und ‚unter keinen Umständen hinnehmbar‘ gewesen sei.“⁵²

Nach Auffassung Kristina Schröders ist „unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung“ offenkundig mit einer Rede vereinbar, die nach Einschätzung von Bundeskanzlerin Angela Merkel „antisemitischen Charakter“ hatte. Mit Verweise auf eben jene „freiheitliche Grundordnung“, auf deren Boden ihr ehemaliger Parteikollege Martin Hohmann steht, befürwortete Schröder 2008 die Überwachung der Partei DIE LINKE durch den Verfassungsschutz: *„Ich halte die Überwachung für absolut richtig‘, sagte die Extremismusexpertin der Unionsfraktion, Kristina Köhler, der taz. Schließlich stelle die Partei in Teilen ihrer Programmatik die freiheitliche Grundordnung in Frage.“⁵³*

In diesem Zusammenhang wird plastisch deutlich, warum Politikerinnen und Politiker wie Kristina Schröder sich lieber auf den unbestimmten Begriff einer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ beziehen als auf das eindeutig definierte Grundgesetz als Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Hätte Schröder sich auf das Grundgesetz bezogen, hätte sie zu dem Urteil kommen müssen, dass Martin Hohmann im Gegensatz zur Partei DIE LINKE nicht auf dem Boden der Verfassung steht. Der Begriff der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ dient in seiner Unbestimmtheit gleichermaßen zur Verharmlosung und Rechtfertigung verfassungsfeindlicher Positionen der äußersten politischen Rechten und – wie schon bei der Praxis der Berufsverbote – zur Kriminalisierung und Diffamierung verfassungskonformer linker Positionen.

Anfang 2011 führte Schröder die so genannte „Extremismusklausel“ ein. Seither müssen Initiativen und Organisationen, die die staatliche Förderung erhalten wollen, folgende Erklärung unterschreiben:

⁵⁰ „Nicht jeder muss Leberwurst essen“. Jungle World Nr. 11, 15. 3.2006, in: <http://jungle-world.com/artikel/2006/11/17097.html>.

⁵¹ Ebd.

⁵² Hessische CDU leitet Verfahren zum Ausschluß von Hohmann ein. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.11.2003, in: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/hessische-cdu-leitet-verfahren-zum-ausschluss-von-hohmann-ein-1130569.html>.

⁵³ „Bild“ in Angst vor Linke. taz, 14.5.2008, in: <http://www.taz.de/!17209/>.

"Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten.

Als Träger der geförderten Maßnahme haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten (Literatur, Kontakte zu anderen Trägern, Referenzen, die jährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder etc.) und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird."⁵⁴

Gefordert wird nicht ein Bekenntnis zum Grundgesetz, sondern zur unbestimmten „freiheitlich demokratischen Grundordnung“. Im Gegenteil: Die Verpflichtung zur Einhaltung des Grundgesetzes wird durch die Formulierung, dass lediglich „eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit“ gewährleistet werden muss, bewusst unverbindlich gehalten. Mit der Formulierung des ersten Absatzes der Erklärung wird einer willkürlichen Bewertung Tür und Tor geöffnet, was Schlimmes befürchten lässt.

Im zweiten Absatz wird den Initiativen abverlangt, „dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. [!] sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichten“. Die Zielrichtung Schröders ist dabei völlig klar und eindeutig:

„Es geht um die Fragen, wer die Feinde der Demokratie sind, wie die Gesellschaft sich dagegen schützt und wie weit sich der Staat dabei einmischen darf.

Auf der einen Seite stehen Organisationen wie Kahanes Amadeu-Antonio-Stiftung, die gegen Extremismus, Intoleranz und Rassismus kämpfen. Sie arbeiten mit Spendengeldern, aber sie sind auch auf Zuschüsse des Staats angewiesen. Zugleich achten sie darauf, dass der Staat sich nicht zu sehr in ihre Angelegenheiten einmischt. Sie sind misstrauisch, wenn ihre Unabhängigkeit gefährdet scheint.

Auf der anderen Seite steht Kristina Schröder. Sie kämpft ebenfalls gegen Extremismus, Intoleranz und Rassismus. Aber auch sie ist misstrauisch. Sie glaubt, dass dieser Kampf in den vergangenen Jahren ein wenig aus dem Ruder gelaufen ist.

Der Linksextremismus sei dabei vernachlässigt worden, findet sie, und schlimmer noch: Sie hegt den Verdacht, dass so manche Gruppe, die gegen Rechtsextremismus kämpft, selbst linksextremes Gedankengut pflegt, zum Beispiel die Sozialistische Linke, eine radikale Unterorganisation der Linkspartei. Und sie meint, dass es nur recht und billig ist, solche Gruppen stärker unter die Lupe zu nehmen.“⁵⁵

Diese Gleichsetzung von Neofaschismus, Rassismus mit dezidierten linken Positionen, die zu einer Verharmlosung von neonazistischen Organisationen und Gewalttaten führt, hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Frank-Walter Steinmeier, mit scharfen Worten kritisiert:

„Besonders aufmerksam werden wir in den nächsten Tagen und Wochen – das will ich Ihnen auch sagen – auf das Haus von Frau Ministerin Schröder schauen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Schröder, es ist ja noch nicht so lange her – ich habe das in guter Erinnerung –, da haben Sie vor allen Dingen im Fernsehen über Rassismus gegen Deutsche gesprochen. Sie waren es, die die jungen Leute, die mit viel Mut – schauen Sie einmal nach Mecklenburg-Vorpommern und in einige andere Regionen, wo das wirklich schwierig geworden ist – und teilweise auch unter Eingehung eigener Gefahren für Leib und Leben gegen die rechtsextreme Gewalt, ge-

⁵⁴ http://www.gera.de/fm/sixcms/193/Demokratieerklaerung_01.pdf.

⁵⁵ Feinde der Demokratie. In: Der Spiegel, 3/2011, Seite 48 f, hier Seite 48.

gen die rechtsextreme Propaganda entstehen, unter linksextremen Generalverdacht gestellt haben. Dies wiederholen Sie heute in den Zeitungen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, es ist der Demokratie nicht würdig, all diejenigen, die das tun, die diesen Mut aufbringen, einem Gesinnungs-TÜV zu unterziehen. Dieses Vorgehen ist falsch – das ist das Entscheidende –, weil man so tut, als hätten wir beides in gleicher Art und Weise: auf der einen Seite Rechtsextremismus, gewalttätig und in den Parlamenten, und auf der anderen Seite Linksextremismus. Es gibt keine linksextremen Schlägertrupps in diesem Lande, die ganze Regionen terrorisieren.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP – Volker Kauder [CDU/CSU]: Wo leben Sie eigentlich? – Zurufe des Abg. Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP])

Lesen Sie doch die Berichte des Verfassungsschutzes, die unter Ihrer Regierung entstanden sind.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt sie nicht, die linksextremen Schlägertrupps, die ganze Regionen terrorisieren, die mit dieser Haltung in Parlamente einziehen. Das, was Sie miteinander vergleichen wollen, ist nicht vergleichbar.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Wer das schlicht und einfach ignoriert, wer trotz der Unterschiede, Frau Schröder, auf Äquidistanz bei Links und Rechts schaut, wer nicht beachtet, dass wir 140 Opfer rechtsextremer Gewalt seit 1990 haben, der –

(Zurufe von Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

– Lesen Sie es noch einmal nach! Es stand gestern in der SZ – Äquidistanz kann auch Verharmlosung sein, meine Damen und Herren!⁵⁶

Schröders Gleichsetzung von Neonazismus und linken Positionen knüpft an die Thesen des rechtsnationalen Historikers Ernst Nolte aus dem Historikerstreit 1986 an. In ihrem glühenden Eifer gegen alles Linke ist Kristina Schröder jedes Mittel recht. Denn die Gleichsetzung linker Positionen mit dem Neonazismus dient vordergründig „nur“ der Verunglimpfung von Linken und insbesondere der Partei DIE LINKE, doch sie geht unweigerlich einher mit einer Verharmlosung des Neonazismus. Mit dieser Strategie setzt Schröder als Mitglied der Bundesregierung fort, was die hessische CDU seit Jahren betreibt.

Eine Abgrenzung der hessischen CDU nach rechts ist dringend erforderlich, das hat spätestens die „Enttarnung“ des CDU-Mitglieds Daniel Budzynski als Neonazi auf erschreckende Weise deutlich gemacht. Wenn die CDU Hessen jetzt nicht die Kraft findet, beginnend mit der Aufarbeitung ihres braunen Erbes, einen Prozess der Abgrenzung von rechtspopulistischen und rassistischen Positionen in Gang zu bringen, setzt sie sich dem Vorwurf aus, Positionen am äußersten rechten Rand bewusst zu dulden. Rechtspopulismus bereitet den Boden für die Ausbreitung neonazistischer Organisationen. Wer davor die Augen verschließt, hat nichts aus der deutschen Geschichte gelernt.

⁵⁶ Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht 141. Sitzung, Berlin, 17. November 2011, Plenarprotokoll 17/141, Seite 16761.